Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1919

13.6.1919 (No. 136)

Visual Library

№ 136 Freitag, den 13. Juni 1919 162. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5 ℳ 25 ₰; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5 ℳ 42 ₰ — Einzelnummer 10 ₰ — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰ zuzüglich 30 % Teuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Beschränkung des Aufenthaltsrechts.

** Auf Grund des § 29 des Polizeistrafgesetzbuches wurde durch das Ministerium des Innern mit sofortiger Wirkung folgendes verordnet:

1. Nichtansässige Personen können aus der Gemeinde, in die sie zugezogen sind, auf Antrag der Gemeinde oder von Amts wegen durch das Ministerium des Innern ausgewiesen werden. Bei nichtbadischen Staatsangehörigen kann diese Ausweisung auf das ganze Land ausgedehnt werden.

2. Zuwiderhandlungen gegen diese Ausweisungsverfügungen werden mit Haft bis zu 6 Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 150 M. bestraft.

Die durch die Verordnung geschaffene Möglichkeit der Ausweisung soll dazu dienen, der Wohnungsnot, namentlich in den größeren Städten, entgegenzutreten, den Schleichhandel, insbesondere in den Grenzbezirken, zu bekämpfen und sonstigen unzuverlässigen Personen den Aufenthalt zu versagen.

Von dieser Ausweisungsbefugnis wird nur in Ausnahmefällen, bei Schiebern und Schleichhändlern regelmäßig, Gebrauch gemacht werden.

Meliorationsunternehmungen.

** Nach dem Stand von Ende Mai d. J. waren von den staatlichen Kulturbehörden geleitete Meliorationsunternehmungen auf einer Fläche von 1256 Hektar und mit einem Kostenanschlag von 817 000 M. in Ausführung begriffen bezw. zum Teil schon beendet. Weitere Unternehmungen auf einer Fläche von 513 Hektar und mit einem Kostenanschlag von 260 000 M. waren von den Grundeigentümern zur Ausführung noch im laufenden Jahr beschlossen. Ein weiterer erheblicher Zuwachs ist aus den Verhandlungen zu erwarten, die über eine Reihe von Unternehmungen zurzeit in Gang bezw. in Vorbereitung sind oder die nach Fertigstellung der noch in Arbeit befindlichen Entwürfe werden eingeleitet werden.

Heuernteurlaub.

** Mit Rücksicht darauf, daß der während des Krieges bestehende Mangel an Arbeitskräften als behoben zu betrachten ist und andererseits Störungen des Unterrichts nach Möglichkeit vermieden werden müssen, kann abgesehen von besonderen Fällen eine Beurlaubung von Schülern zwecks Mithilfe in der Heuernte nicht mehr erfolgen.

Der militärische Zusammenbruch.

* Wir haben schon mehrfach an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Männer, die in erster Linie für den Zusammenbruch Deutschlands verantwortlich zu machen sind, neuerdings versuchen, durch sogenannte „Rechtfertigungsschriften" die Schuld von sich auf andere abzuwälzen und so das klare Urteil des Volkes zu verwirren. Die deutsche Presse, die von jenen Herrschaften in so haarsträubender Weise genasführt wurde, sollte mit an erster Stelle stehen, wenn es darauf ankommt, diese doch sehr durchsichtigen Versuche einer Irreführung der öffentlichen Meinung zu vereiteln. Wir, die wir während des ganzen Krieges den Informationen der Obersten Heeresleitung und des Kriegspresseamtes vollsten Glauben geschenkt haben, danach unsere Politik einrichteten und dann schließlich sehen mußten, wie jämmerlich wir betrogen worden waren, wir halten es jedenfalls für unsere Pflicht, jenen Versuchen aufs entschiedenste entgegenzutreten. Aus diesem Grunde drucken wir in Folgendem einen Artikel der „Frankfurter Zeitung" ab, der, obwohl er verhältnismäßig lang ist, verdient, mit der größten Aufmerksamkeit gelesen zu werden, und in dem sich auch kein Satz findet, der überflüssig wäre und dem wir nicht aus vollstem Herzen beipflichten könnten. Wir werden diese politisch bedeutsame Arbeit der „Frankfurter Zeitung" in zwei Nummern veröffentlichen. Der Artikel lautet:

I.

„Daß man bei so ungeheuerem Unglück nach Schuldigen sucht, ist ebenso begreiflich, wie daß man die Schuld von sich selbst — bewußt oder unbewußt — abwälzt und andern zuschiebt." Einer der sich häufenden Veröffentlichungen des Obersten Bauer ist dieser Satz entnommen. Er gibt das Leitmotiv wieder, von dem die zahllosen Tendenzschriften der Militaristen in Uniform und Zivil getragen sind, die in diesen Wochen der quälenden Unsicherheit unter unser zermartertes Volk geworfen werden. Schwer rächt es sich, daß die Regierung des Ministerpräsidenten Scheidemann kostbare Monate hat verstreichen lassen, ohne unser Volk durch Veröffentlichung des **amtlichen Materials** über die letzten Ursachen unseres militärischen und politischen Zusammenbruches zu einer sachlichen Gegenkritik reif zu machen. Das aus edlen und nationalen Erwägungen heraus geborene Zuwarten wird schlecht gelohnt. Mit genau derselben Skrupellosigkeit, die wir während der Zeiten der knebelnden Zensur und der geistigen Korruption bei den politisierenden Militärs kennen gelernt haben, wird auch jetzt wieder der Versuch unternommen, **unser Volk mit einseitigen und tendenziösen Veröffentlichungen zu vergiften.** Wer Ohren hat zu hören, muß mit Bedauern feststellen, wie die Verwirrung wächst. Unter solchen Umständen wäre es eine Versündigung an der Zukunft, wenn man diesen Verdunkelungsversuchen weiterhin untätig zusehen und abwarten wollte, bis vielleicht einmal der noch zu schaffende Staatsgerichtshof zu einem Urteilsspruch gekommen sein wird.

Die Fäden der Irreführung laufen wieder in denselben Händen zusammen, die während des Krieges die Methoden zur militaristischen Abrichtung unseres ganzen Volksgeistes formten. Auch an den Mitteln hat sich nichts geändert. Der kleine Kreis „auserwählter" Journalisten und geschäftiger Politiker, der unter geistiger Anleitung des Kriegspresseamtes und seiner Oberen Jahre hindurch einen Panegyrikus auf unsere unfehlbare Oberste Heeresleitung anstimmte, der dafür sorgte, daß wunsch- und befehlsgemäß Ludendorff möglichst viel und Hindenburg entsprechend weniger genannt wurde, daß bei bevorstehenden politischen Entscheidungen auch rechtzeitig mit dem Rücktritt Ludendorffs zur Einschüchterung des Kaisers und seiner politischen Ratgeber öffentlich gedroht wurde, hat wieder seine Instruktionsstunden, und es verschlägt dabei auch nichts, daß sich inzwischen einige davon zu Lobrednern des Rätesystems entwickelt haben. Der Respekt vor den „roten Streifen" sitzt diesen allzu Willigen noch genau so fest in den Gliedern wie zu den Zeiten, als es vielleicht von persönlichem und politischem Nutzen sein konnte, nach dem Diktat der Halbgötter zu schreiben. Aber während diese zweifellos im guten Glauben und unbewußt handeln, bemühen sich ihre geistigen Befruchter bewußt, „die Schuld von sich abzuwälzen und andern zuzuschieben." Als einer der Betriebsamsten hat sich der **Oberst Bauer** in den Vordergrund gedrängt. Wer sich in den Brennpunkt der Öffentlichkeit stellt, muß damit rechnen, daß er grell beleuchtet wird.

Wer ist dieser Oberst Bauer, der jetzt in Broschüren und Zeitungsartikeln die Volksmeinung zugunsten der Obersten Heeresleitung bearbeitet? Bis zum Ausbruch des Krieges war er über den engeren Rahmen seines Berufs hinaus niemandem bekannt. Unter der Ära Ludendorff wurde er Chef des Artilleriewesens im Großen Hauptquartier. Diese Stellung umschreibt seinen Tätigkeitsbereich nur mangelhaft. Er war viel mehr und wollte viel mehr sein. Möglichst viel riß er an sich, dieser immer Betriebsame und ewig Geschäftige. Die Durchführung des Hindenburgprogramms, das der Finanzminister Schiffer unter dem Beifall der Nationalversammlung als ein Programm der Katastrophe charakterisiert hat, lag, soweit die Oberste Heeresleitung unmittelbar daran beteiligt war, in seinen Händen. Er wurde zum dauernden Mittler zwischen der **Schwerindustrie** und der Obersten Heeresleitung; mit ihr verkehrte er im Namen Ludendorffs, der sich selbst nicht herausstellte, durch seinen Getreuen aber über alle Wünsche dieser politisch-reaktionären und wirtschaftlich-egoistischen Gruppe dauernd im Bilde war. Chef der verhängnisvollen politischen Abteilung der Obersten Heeresleitung war der über einen nicht besonders weiten Horizont verfügende General von Bartenwerffer, aber der **eigentliche politische Berater Ludendorffs** war der Oberst Bauer, der nicht nur brieflich und telephonisch die Verbindung mit Stinnes und Duisburg, mit dem Grafen Westarp und Herrn Stresemann aufrecht erhielt, sondern auch durch häufigen mündlichen Verkehr die Wünsche dieser Herren zum Ohre Ludendorffs trug und umgekehrt Herrn Stresemann und den Grafen Westarp mit ihrem alldeutschen Anhang für Ludendorffs weitreichende phantastische politische Pläne empfänglich machte. Bei jeder kritischen parlamentarischen Situation war der Oberst Bauer in Berlin und schob seine Figuren in der parlamentarischen Arena zurecht. Herr Stresemann selbst kann am besten darüber Auskunft geben, wie viele seiner leichtfertigen Prophezeihungen den Obersten Bauer als Quelle hatten. In den Tagen, als unsere Front schon ins Wanken geraten war, als die Initiative längst an unsere Feinde übergegangen und als am 8. August eine ganze deutsche Armee aufs schwerste geschlagen worden war, träufelte der Intime Ludendorffs Illusionen über Illusionen in die Ohren der harmlosen Gemüter, die er allmählich ganz in seinen Bann gezogen hatte. Aber auch Ludendorff kann sich bei ihm bedanken, wenn er über die Stimmung in der Heimat, sowohl unter der Arbeiterschaft wie auf dem platten Lande bis in die Tage des Zusammenbruches hinein so herzlich schlecht unterrichtet gewesen ist. Bauer war Meister darin, jedem zu erzählen, was er gern hören wollte und er war auch Meister darin, ihm nicht Erwünschtes aus dem Großen Hauptquartier fern zu halten. Man hat Falkenhayn, der von der Politik viel mehr verstand als Ludendorff, gerade in militärischen Kreisen, die später zur Macht kamen, den Vorwurf gemacht, daß er sich eine ganz einseitige Umgebung geschaffen habe. Dasselbe trifft auf die Umgebung Ludendorffs vielleicht in noch viel höherem Maße zu. Auch er hatte zuletzt **nur Kreaturen um sich, die ihm die Wahrheit fernhielten,** die ihrem Meister nur berichteten, was dessen vorgefaßter Meinung entsprach. Der Oberst Bauer stand dabei an erster Stelle und neben ihm als Kongenialer der Oberstleutnant **Nicolai,** dessen Nachrichtendienst oder richtiger Spionagedienst gegen die eigenen Volksgenossen mit erlaubten und unerlaubten Mitteln gut arbeitete, aber völlig versagte, wenn es galt, ein einigermaßen zutreffendes Bild über die Verhältnisse bei unseren Feinden, über die Wirkung des U-Bootkrieges, über die Fochschen Reserven und über die amerikanischen Truppenlandungen zu bekommen.

Dieser Oberst Bauer, der seine Hände im Spiel gehabt hat bei allen politischen Fragen, bei dem Sturze Bethmanns und Kühlmanns, bei den vor der Geschichte nicht zu verantwortenden Deportationen der Belgier zugunsten der deutschen Schwerindustrie, beim preußischen Wahlrecht und beim Berliner Streik 1917, bei der Stimmungsmache für den rücksichtslosen Unterseebootskrieg und bei der Agitation gegen die Friedensresolution des Reichstages, der unternimmt es nun, in zwei Broschüren und einigen ergänzenden Zeitungsartikeln jede Schuld von der Obersten Heeresleitung abzuwälzen und für unseren militärischen Zusammenbruch die **Heimat** und die jeweilige zivile Reichsregierung ebenso verantwortlich zu machen wie für den politischen Niedergang. Wenn es irgend einen militärischen Fehlschlag zu verdunkeln gilt, dann läßt er jedesmal die schwachmütige Heimat aufmarschieren, die unter dem Einfluß der Verzichtsmehrheit und der nicht nach militärischem Kommando schreibenden Presse der Front in den Rücken gefallen sei. Aber trotz seiner geschickten Dialektik, trotz seiner auffallenden Begabung, über alle Schwächen der Kriegführung hinwegzugleiten, sind seine beiden Bücher für jeden kritisch Lesenden lehrreich genug. Denn sie enthüllen trotz der gegenteiligen Absicht des Verfassers mit aller Deutlichkeit die militärischen Ursachen unseres Zusammenbruches. Sein erstes Buch, das in dem der Ludendorffschen Obersten Heeresleitung ergebenen Scherl-Verlag erschienen ist, betitelt sich: „Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen oder abbrechen?" Über die erste Frage können wir bei einer kritischen Besprechung hinwegsehen, darüber urteilt der Oberst, der später so viel politisiert hat, mit einer geradezu erstaunlichen Oberflächlichkeit. Er verrät dabei den ganzen Hochmut, der vor der Katastrophe bei gewissen Militärs in allen politischen Fragen zu erkennen war. Die Frage, ob wir den Krieg hätten gewinnen können, bejaht er unter der Voraussetzung, daß die Heimat durchgehalten hätte. Die Möglichkeit, auf dem Boden des Rechtsfriedens, so lange es Zeit war, den ungleichen Kampf abzubrechen, lehnt er entschieden ab. Das Hauptstück seiner Schrift betrifft die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs. Davon muß ausführlich die Rede sein.

Politische Neuigkeiten.

Die Antwortnote der Alliierten.

* Die Agence Havas berichtet unterm 12. d. M.: Der neueste diplomatische Situationsbericht lautet: Der gestrige Tag war durch zufriedenstellende Fortschritte gekennzeichnet. Die Regierung hat die meisten wichtigen Punkte zu einer Lösung gebracht. Man glaubt, daß die **Antwort der Alliierten** auf die deutschen Gegenvorschläge am **Freitag nachmittag** überreicht werden kann, spätestens aber am **Samstag.** Die Übergabe wird ohne irgend welche Feierlichkeit in der gleichen Art geschehen, wie bei der Mitteilung der Antworten auf die früheren Noten des Grafen Brockdorff-Rantzau.

Was die **Entschädigung** betrifft, so hat der Viererrat beschlossen, in den ursprünglichen Bedingungen keine grundlegenden Änderungen eintreten zu lassen. Auch in der Transaktion der Schäden wird keine Änderung eintreten. Der französische Vorschlag ist völlig anerkannt worden. Danach wird die Höhe der von den Deutschen zu zahlenden Entschädigung nicht sofort festgelegt werden. Die Deutschen werden nur die Möglichkeit haben, ihre Vorschläge über die Höhe der Entschädigungen, die sie jährlich zahlen wollen, zu machen. Eine starre Zahl wird im Vertrag nicht figurieren.

Was **Oberschlesien** betrifft, so wurde die Vornahme einer **Abstimmung** trotz des Widerspruchs Clemenceaus **angenommen.** Immerhin wurde auf Verlangen der französischen Delegation ein ernsthaft in Betracht kommender **Zusatzantrag** angenommen. Es werden für die festgesetzten Fristen, sowie für die Abstimmungsausführungen Garantien verlangt.

Die Modalitäten der **Zulassung Deutschlands in den Völkerbund** wurden nicht bestimmt. Die Kommission äußerte **sich in günstigem Sinne.** Die französischen Delegierten werden Einwürfe vorbringen, die sich einem unverzüglichen oder befristeten Eintreten Deutschlands in den Völkerbund widersetzen. Der Vertrag sieht keine Etappen vor. Als **Konsequenz des Eintritts Deutschlands** in den Völkerbund wurde **keine Entwaffnungsmaßnahme** in Betracht gezogen. Sobald Deutschland Mitglied des Bundes sein wird, wird es die **gleichen wirtschaftlichen Vorteile bezüglich der Rohstoffe genießen, wie die anderen Mitglieder.**

In der Note, die die Antwort begleiten wird, werden **die Ergebnisse der Entschädigungskommission** genau festgesetzt. Die Ergebnisse werden einer doppelten Notwendigkeit **entsprechen** und sich auf finanziellem und mit dem Budget **zusammenhängenden** Gebiete erstrecken: 1. müssen die **jährlich von Deutschland zu zahlenden Summen festgesetzt werden. 2. Der deutsche Steuerzahler muß ebenso stark belastet werden, wie die am meisten belasteten Steuerzahler der Alliierten.**

Die deutschen Delegierten werden eine **Frist von 6 bis 8 Tagen erhalten,** um ihre endgültigen Beschlüsse bekannt zu geben. In dieser Frist sind die für die **Kündigungen des Waffenstillstandes nötigen drei Tage enthalten.** Wenn die deutsche Regierung die Unterzeichnung des Vertrages verweigern würde, würden die Truppen Fochs gleich nach **dem** Tage nach Ablauf der Frist ihren Vormarsch antreten.

Laut „Algemeen Handelsblad" meldet „Daily Mail" aus Paris, es werde angenommen, daß die **hauptsächlichsten Änderungen** im Friedensvertrag folgende sein würden:

1. **Saarbrücken: Keine Änderung** der Bestimmung, derzufolge dieses Gebiet während eines Zeitraumes von 15 Jahren der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt wird. Es soll jedoch eine Bestimmung eingefügt werden, die es klar stellt, daß, wenn Deutschland es versäumt, nach dieser Zeit die Bergwerke in Gold zurückzukaufen, dies dem Rechte der Einwohner, unter die deutsche Staatsobrigkeit zurückzukehren, wenn dies durch **Volksabstimmung** beschlossen wird. **keinen** Abbruch tut.

Mit einer Beilage: Offizielle Gewinnliste der 9. Badischen Roten-Kreuz-Geld-Lotterie.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

2. **Oberschlesien:** Es besteht ernster Grund zu fragen, ob die Einwohner dieses Gebiets, selbst wenn sie in der Mehrzahl aus Polen bestehen, die polnische Souveränität der deutschen vorziehen. Es soll daher eine Volksabstimmung unter Aufsicht der Alliierten abgehalten werden. Zugleich erhält Deutschland das Recht, genügend Kohlen zu angemessenen Preisen aus diesem Gebiet zu beziehen und zwar unabhängig davon, ob die Volksabstimmung zugunsten Deutschlands ausfällt oder nicht. Dieses Recht kann auf den Zeitpunkt beschränkt werden, während welchem Deutschland des Erträgnisses des Saarbeckens beraubt wird.

3. Die Frage des **linken Rheinufers** hängt davon ab, daß Deutschland seine Verpflichtungen loyal erfüllt. Der Zeitpunkt der Besetzung wird wahrscheinlich verkürzt werden. Zugleich wird dieses Gebiet, soweit die Alliierten dafür verantwortlich sind, so gut wie sicher einer bürgerlichen und nicht einer militärischen Verwaltung unterstellt werden.

4. **Entschädigungen:** Über diese Frage gehen die Ansichten weiter auseinander als über irgend eine andere Frage, und man ist daher noch zu keiner Entscheidung gelangt. Es ist wahrscheinlich, daß der amerikanische Vorschlag, daß ein endgültiger Betrag festgesetzt werden soll, zugunsten einer Regelung geopfert werden wird, nach der die Abschätzung der Entschädigungssumme in verschiedenen Hauptteilen, die im Vertrag näher angedeutet sind, zusammengefaßt wird, und Deutschland Gelegenheit geboten werden soll, entweder eine eigene Abschätzung vorzunehmen, oder in diesem Fall Bemerkungen zur Berechnung der alliierten Kommissionen zu machen. Es besteht die Absicht, Vorkehrungen zu treffen, daß dieses Verfahren bis Ende dieses Jahres erledigt wird, statt es bis 1921 hinauszuziehen, wie im ursprünglichen Vertrag vorgesehen war.

5. Aufnahme Deutschlands in den **Völkerbund:** Hiergegen sträubt sich Frankreich energisch, obgleich französische Vertreter in der Kommission für den Völkerbund, abgesehen von einem bedeutungslosen Vorbehalt, dem Wunsche liberaler Vorschläge, den diese Kommission dem Rat der Vier übermittelt hat, zustimmten. Es ist wahrscheinlich, daß keine diesbezügliche Bestimmung in den Vertrag aufgenommen werden wird. Die Neigung, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, nimmt ständig zu.

Die deutschen Kolonien.

* Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Ausländische Blätter beschäftigen sich neuerdings wieder lebhaft mit der von der Entente geplanten **Regelung der Kolonialfrage.** Unter anderem wird behauptet, die Entente beabsichtige zwar, Deutschland den gesamten Kolonialbesitz zu nehmen, ihren **Wert** aber bei der Festsetzung der **Entschädigungssumme** irgendwie zu berücksichtigen. Demgegenüber kann nur immer wieder der feste Entschluß der Reichsregierung betont werden, auf dem bereits des öfteren dargelegten Standpunkt, der dem Punkte 5 der Wilsonschen Januarkundgebung entspricht, zu beharren. Danach **kann Deutschland weder auf seine Kolonien verzichten, noch sie verschachern.** In Bezug auf die Kolonien verlangt es nichts weiter als sein gutes Recht.

Kolonien sind für das deutsche Volk eine **Existenzbedingung,** da es ohne Kolonien nicht möglich ist, dem überschüssigen Bevölkerungsteil Arbeit und Ansiedelungsgelegenheit zu bieten, und andererseits diesen Bevölkerungsüberschuß und seine Kräfte der deutschen Wirtschaft nutzbar zu machen. Die **deutsche Regierung kann auch dem deutschen Volke nicht zumuten, einen Friedensvertrag anzuerkennen, der es als nicht würdig und nicht fähig behandelt, weiterhin an der Kulturarbeit der weißen Rasse in Afrika und der Südsee teilzunehmen.**

Der Protest Tirols.

* In einer feierlichen Sitzung der Tiroler Landesvertretung gab Landeshauptmann Schraffl eine Erklärung ab, in der er u. a. ausführte, das an Freiheit gewohnte Tiroler Volk solle durch den Friedensvertrag auseinandergerissen, wirtschaftlich lebensunfähig und zum Teil noch dazu national geknechtet werden. Durch den angebotenen Frieden würde die **Entente in Tirol eine Brandstätte schaffen, von der aus jederzeit der Friede und die Ruhe Europas gefährdet werden könnten.** Wir geloben feierlich, nicht zu rasten, nicht zu ruhen, und kein Opfer zu scheuen, bis auch dem Lande Tirol die Sonne des Friedens und der Völkerfreiheit leuchten wird.

Truppenmeutereien in England.

* „Daily Herald" vom 9. meldet, die **englischen Truppen,** die am 7. in **Plymouth** ausgeschifft wurden, und nach einem Ruhelager geschickt werden sollten, anstatt nach dem Demobilisierungsdepot, **weigerten sich entschieden,** in die bereit gestellten Züge einzusteigen. Schließlich gab das Kriegsamt dem Wunsche der Soldaten nach und ließ sie nach ihren **Demobilisierungszentren** bringen. Die aus **Ägypten** zurückgekehrten Soldaten erklären, **daß die Stimmung unter den Leuten,** die noch immer auf ihre Demobilisierung warten müssen, **gereizt sei. Dienstverweigerungen und Protestversammlungen auf offener Straße** würden immer häufiger.

Zu der Meldung, daß auf dem **britischen Kreuzer „Australia"** vor seiner Abreise aus Fremantle **ernste Unruhen** unter der **Schiffsbesatzung** stattgefunden haben, wird weiter berichtet: Die Mannschaften verlangten, daß die Reise des Kreuzers verschoben werde. Da der Kapitän dieser Forderung nicht stattgab, **weigerten sich die Matrosen, Dampf aufzumachen,** so daß **die Arbeit von den Unteroffizieren ausgeführt werden mußte.** Als das Schiff nach einigen Stunden die hohe See erreicht hatte, las der Kapitän der Mannschaft die Kriegsartikel über Meuterei und Ungehorsam vor. Erst dann kehrten die Matrosen auf ihre Posten zurück. Etwa 50 Mannschaften wurden verhaftet. 6 Matrosen erhielten strengen Arrest und werden wahrscheinlich in Sydney vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Vom sozialdemokratischen Parteitag.

* In der gestrigen Sitzung des sozialdemokratischen Parteitages nahm Ministerpräsident **Scheidemann** das Wort zur **Friedensfrage.** Er führte dabei aus: Der tiefste **Sinn** der **uns vorgelegten Friedensbedingungen** ist der, daß der **siegreiche Kapitalismus Deutschland seine Wirtschaftsform aufzwingen will.** Das ganze deutsche Volk soll zu einem **Lohnarbeitervolk** gemacht werden, das für einen fremden Kapitalismus für einen Hungerlohn bis zur Erschöpfung arbeiten soll. Der **Kampf geht jetzt** nicht mehr gegen den deutschen Kapitalismus, sondern **gegen den deutschen Sozialismus.** (Lebhafte Zustimmung). Die gesamte Welt, nicht nur das deutsche Volk, schreit nach einem **dauerhaften Frieden** und die **ganze Welt ist darin einig, daß er in den Beschlüssen des Viererrats nicht** zu finden ist.

„Wir haben Verhandlungen in Versailles gesucht, Mann gegen Mann und in der Öffentlichkeit der Völker, nicht um zu handeln, nicht um zu feilschen, sondern um **Verständigung und Versöhnung** zu suchen. Wir wollen und sind bereit dafür jegliche Opfer aus unserer Volkskraft herauszuholen, die wir bringen können, ohne die Volkskraft selbst zu zerstören. Man hat geglaubt, uns mit Machtworten einschüchtern zu können, genau so, wie es die deutsche Politik Rußland gegenüber tun zu können glaubte. Wir haben **unsere politischen Angebote gestellt,** nicht weil wir uns als die Schwächeren vor den Stärkeren beugen mußten, sondern weil wir erkannt hatten, daß nicht alle Forderungen der Gegner ungerecht waren.

Hätten die Gegner keine Soldaten mehr auf den Beinen und keine Kugeln mehr in den Gewehren, dann gelte es für uns erst recht, das zerstörte Frankreich und Belgien wieder aufzubauen. Wir rufen unseren Gegnern zu: **Wir sind bereit, mit Euch einen heiligen Vertrag zu schließen,** einen **Vertrag, der uns nicht diktiert wird,** sondern einen Vertrag, **den unser freier Wille erfüllen** kann. Er soll als ein gerechter Friede den **letzten Krieg** der Welt abschließen."

Zum Schluß erklärte Scheidemann noch einmal: „Wir wollen keinen zweiten punischen Krieg, wir haben an dem ersten genug. **Wir wollen Verständigung und Verbindung mit den Sozialisten** der Ententeländer, dazu brauchen wir aber vor allem **gleiches Recht für unser deutsches Volk!** Der Kampf um dieses ist noch nicht zu Ende, darum sage ich, Genossen, seid bereit!" —

Bei der **Abstimmung** wurde folgende **Entschließung zur auswärtigen Politik** fast mit Einstimmigkeit angenommen:

„Der Parteitag spricht seine **Entrüstung über die Zumutung der Entente** aus, dem deutschen Volke einen **Gewaltfrieden** aufzuzwingen, der die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes unterbindet und ein politisches Dasein Deutschlands unmöglich macht. Diese Friedensbedingungen erklärt der Parteitag für **unvereinbar** mit den Grundlagen der **Wilsonschen Friedensbedingungen.** Sie sind ebenso unvereinbar mit den Richtlinien der internationalen Beschlüsse der Konferenzen in Bern und Amsterdam. Insbesondere stellt sich der Parteitag rückhaltlos auf den Boden der Beschlüsse der **internationalen Sozialistenkonferenz,** die im Februar ds. Js. in Bern getagt hat. Er begrüßt diese Tagung und den Geist, der sie beseelt hat, als ein hocherfreuliches Zeichen der Wiederanknüpfung der durch den Krieg zerrissenen **internationalen Beziehungen** der Parteien des **sozialistischen Proletariats** und der Ermöglichung gemeinsamer Aktionen der sozialistischen Parteien für die großen Interessen des Völkerfriedens und des Befreiungskampfes der Arbeiterklassen.

In bezug auf die allgemeinen **Ursachen des Weltkrieges** haben die Sozialisten der Länder der sogenannten Entente schon im Jahre 1915 eine Erklärung vereinbart, der sich der Parteitag gerne anschließt. Die Konferenz denkt nicht daran, **die allgemeinen und tiefen Ursachen** des europäischen Konfliktes zu verkennen, der das ungeheuerliche Produkt ist der **Gegensätze,** welche die **kapitalistische Gesellschaft** vereinen, sowie der agressiven **kolonialen** und **imperialistischen Politik,** die der internationale Sozialismus nie unterlassen hat zu bekämpfen und an der alle Regierungen ihren Teil der Verantwortlichkeit haben. Aber der Einfall der deutschen Armeen in Belgien und Frankreich bedrohte die Existenzen der Nationen und untergrub den Glauben an Verträge. In bezug auf die Feststellung der **persönlichen Verantwortung** für den Ausbruch des Krieges und die Art der Kriegführung fordert der Parteitag von der Regierung ein rückhaltloses Vorgehen.

Der Parteitag spricht die bestimmte **Erwartung** aus, daß **Deutschlands Erklärung,** die **Bedingungen des Völkerbundes zu unterzeichnen, für vollwertig angenommen** wird, die deutsche Republik gleichzeitig mit den übrigen Nationen **als gleichberechtigtes Mitglied** in den Bund aufgenommen und bei Feststellung der Grenzen das **Selbstbestimmungsrecht** der Einwohner gewahrt wird. Die deutsche Sozialdemokratie ruft die **Internationale zum Protest auf gegen den unerhörten Gewaltfrieden** der modernen Geschichte."

Zu dieser Resolution wurden noch einige **Zusätze** angenommen, die im wesentlichen folgenden Inhalt haben:

„Die **Kriegsschäden der Hungerblockade** müssen angerechnet werden. **Deutschland ist bereit, die Schuldfrage international klären zu lassen, es lehnt es aber ab, Deutsche vor ein ausländisches Gericht zu stellen. Deutschland protestiert** gegen jede Einsetzung einer **Fremdherrschaft** wie sie aus der Tätigkeit der internationalen **Kontrollkommission** erwachsen könnte. Es protestiert gegen jede **Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes** im Osten, Westen und Norden."

Die Verhandlungen der Unabhängigen mit den freiwilligen Truppen.

* Wie die „B. Z. am Mittag" erfährt, hatten die Verhandlungen zwischen den Unabhängigen und den freiwilligen Truppen einen **weit größeren Umfang** als aus den Mitteilungen Noskes auf dem sozialdemokratischen Parteitag hervorgeht. Sie haben sich auf die gesamte Reichswehr erstreckt und haben bereits vor mehreren Wochen eingesetzt. Die Beauftragten der Unabhängigen erklärten den Führern der freiwilligen Truppen, daß das Kabinett Scheidemann sich nicht mehr lange werde halten können, und die Unabhängigen alsdann die Regierung übernehmen würden. Eine Regierung der Unabhängigen müßte sich genau wie jede andere auf eine militärische Macht stützen, um die innere Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Organisation und die Recht der freiwilligen Truppen würden unangetastet bleiben.

Die von den Unabhängigen ins Vertrauen gezogenen Militärs **verlangten,** daß die ihnen in Aussicht gestellten **Zusicherungen schriftlich** gegeben würden, was die Unabhängigen aber ablehnten. Die **Führer der Freiwilligen Truppen** haben die Verhandlungen mit **Wissen** und mit **Billigung des ganzen Kabinetts weitergeführt,** um so **die Pläne der Unabhängigen, von welchen der Sturz der Regierung für die nächsten Tage in Aussicht genommen war, genauer zu erfahren.**

Die treue Gesinnung der rheinländischen Arbeiterschaft.

* Man schreibt uns:

Eine Schmach ist es, was wir jetzt in den Rheinlanden erleben müssen. Bestochen von feindlichem Gelde, in dem Bestreben, die Lasten und Leiden des unglücklichen Vaterlandes anderen aufzubürden, haben sich Deutsche nicht gescheut, in der Stunde der Not um schnöden Vorteils willen ihr Vaterland, von dem sie in den Tagen des Glückes mit Wohlstand, Schutz und Sicherheit beschenkt worden sind, an unsere Feinde zu verraten. Gerade die Leute sind es, die während des Krieges die lautesten Schreier und wildesten Annexionisten waren, sie saßen hinter dem warmen Ofen und predigten: „Durchhalten!" während andere im Schlamm und Dreck des Schützengrabens bluteten.

Schon damals waren die **Arbeiter Deutschlands Hoffnung** und heute sind sie Deutschlands **Volk!** Stolz können wir sein auf unsere Arbeiter, besonders auf unsere rheinischen, denn während rings Hochverrat sie umflatterte, während der unselige Geist des Kapitalismus gepaart mit dem Geist des französischen Imperialismus an allen Ecken züngelte, haben sie — allen Lockungen und Versprechungen und allen Versuchungen — ihrem Hunger und der Gier ihrer ausgemergelten Körper zum Trotz — widerstanden! In spontanen Proteststreiks haben sie flammenden Einspruch erhoben wider die Loslösung deutscher Gebiete vom Vaterland, mit Wort und Tat haben sie hochverräterische Umtriebe bekämpft und viele von ihnen haben ihre persönliche Freiheit für ihre treue vaterländische Gesinnung eingesetzt. Als die Franzosen einsehen mußten, daß die hochverräterischen rheinischen Sonderbündler nicht allzu viel Anhang im Lande hatten, suchten sie noch mehr als zuvor die Arbeiter für ihre Pläne zu gewinnen. In **Darmstadt** machte man den **sozialistischen Parteien** den Vorschlag, eine franzosenfreundliche Zeitung, die im weitgehendsten Maße mit französischem Gelde unterstützt werden sollte, herauszugeben, holten sich dabei aber nur eine schroffe Ablehnung. Und als in **Wiesbaden** der französische Oberst Pinot den beiden sozialistischen Parteien anbot, an Stelle des Hochverräters Dorten die Führung der rheinischen Republik zu übernehmen, gaben diese Vertreter des werktätigen Volkes würdige und wahrhaft deutsche Antworten: **„Mit einem Hochverräter verhandeln wir nicht! Mit Hochverrat haben wir nichts zu tun!"**

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 13. Juni.

Der Badische Landtag beschäftigte sich auch heute mit Interpellationen und zwar zunächst mit den zwei Interpellationen der deutschnationalen Volkspartei betr. den Ausschluß der Deutschnationalen aus den Freiwilligenbataillonen und betr. den Erlaß des Ministeriums des Innern an die Amtsvorstände, wonach diese den Anschuldigungen der konservativen Blätter, die 3 Mehrheitsparteien seien an der jetzigen Demütigung Deutschlands schuldig, in öffentlichen Versammlungen entgegentreten sollen. Abg. **Mayer**-Karlsruhe (deutschnatl.) begründet die Interpellationen seiner Partei und betont, seine Partei lasse sich nicht als Knochen benützen, den man den unzufriedenen Kreisen auf der Straße hinwerfe, um sie zufrieden zu stellen. Minister des Innern **Remmele** ist dankbar für die Gelegenheit zur Aussprache über Dinge, die hier einmal gesagt werden müssen. Seit Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung werden sie von deutschnationalen Politikern angegriffen, die in eine Reihe treten mit Unabhängigen und Kommunisten. Am Tage der Kundgebung gegen den Gewaltfrieden wurde von der Südd. Ztg. der Koalitionsregierung vorgeworfen, daß sie schuld sei an der Demütigung Deutschlands und an den Friedensbedingungen. Wir mußten verhindern, daß diese Stimmung ins Volk getragen wird. Die Wortführer der Deutschnationalen, der früheren Konservativen sind die letzten, die ein Recht haben, anderen die Schuld am unglücklichen Ausgang des Krieges vorzuwerfen (Lebhafter Beifall). Der Erlaß ging nicht von mir, sondern vom Staatsministerium auf einmütigen Beschluß aus. Wir müssen die Vorgänge im Reich beachten. Die deutschnationale Partei hat ein Rundschreiben erlassen, in dem es heißt, die niederschmetternde Wirkung der Friedensbedingungen müsse agitatorisch ausgenutzt werden (Lebh. Rufe: Pfui! Hört! Hört!) Sie würden nicht davor zurückschrecken, wie Spartakisten und Kommunisten gegen die Regierung Sturm zu laufen. Aus dem Schreiben der deutschnationalen Partei geht hervor, daß sie offene Unbotmäßigkeit, ja den Bürgerkrieg ankündigt, wenn Friedensbedingungen unterschrieben werden, die ihnen nicht gefallen (Zustimmung). Der Minister beschäftigt sich dann mit dem Verlangen der Heidelberger Zeitung, das Bürgertum zu bewaffnen. Wir können keinen Teil des Volkes bewaffnen, weil das eine Gefahr für die Sicherheit wäre. Wir haben in einigen Fällen Veranlassung gehabt, Spartakisten und solche Personen aus den Freiwilligen Bataillonen zu entfernen, welche sich als Propagandisten der Monarchie erwiesen, um die Schagfertigkeit der Bataillone zu erhalten. Wir sind festen Willens, wenn die diplomatischen Mittel versagen sollten, energisch einzugreifen, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu halten. In der Besprechung der Interpellationen erklärt Abg. **Weißmann** (Soz.) die Zustimmung seiner Partei zu den Ausführungen des Ministers. Abg. **Mager** (Deutschnatl.) hält es für falsch, gewisse Kreise aus den Freiwilligen Bataillonen auszuschließen. Abg. **König** (Dem.) kann nicht verstehen, daß die Deutschnationalen solche Vorwürfe gegen die Regierung erheben; es tue ihm in der Seele weh, daß sie die Lage agitatorisch ausnutzen wollen. Abg. Dr. **Schofer** (Ztr.) bittet die Schuldfrage nicht weiter zu debattieren; wir stehen den Dingen noch zu nahe. Der Minister und die Regierung hatten das Recht, sich gegen die Angriffe zu wehren. Man sollte heute alles vermeiden, was Zwietracht säet. Abg. Dr. **Kraus** (Soz.): Wenn solche Dinge von rechts kommen, lehnen wir die Verantwortung nach links ab. Hindenburg hat sich auch in der Zeit der Revolution an die Spitze der deutschen Soldaten gestellt. Das wäre ein Beispiel für Sie gewesen.

Nach einer weiteren Bemerkung des Abg. Karl (Dtschnatl.), der die Wendung von der agitatorischen Ausnützung der Lage für recht unglücklich hält, wurde die Debatte abgebrochen und die Sitzung auf ½4 Uhr vertagt.

Interpellationen und Anträge im Landtag.

* Dem Landtag ist eine große Reihe neuer Petitionen zugegangen, darunter mehrere von Einzelpersonen und sehr viele von Verbänden und Organisationen. Unter anderen liegen vor Petitionen des Verbandes der Privatschulen in Baden um Regelung des **Privatschulwesens;** eine solche der aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Volksschullehrer bad. Staatsangehörigkeit um Aufnahme in den badischen **Schuldienst;** des Landesverbandes Baden des Bundes deutscher **Militäranwärter** um Anrechnung eines Teils der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter der bei den Kommunalverwaltungen angestellten Beamten aus dem Milikäranwärterstande. Ferner hat der Landesausschuß des kath. Frauenbundes, der Landesverband der evang. Frauenvereine mit den weiblichen Abgeordneten der Zentrumsfraktion des Landtags die Bitte um Ergänzung des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 betr. die **Ausübung der Erziehungsrechte** in bezug auf die **Religion der Kinder** eingereicht.

Die Deutsch-Demokratische Fraktion hat im Landtag folgende Interpellation eingebracht:

„Aus welchen Gründen werden die **Volkswehren** im bisherigen Umfang aufrecht erhalten? Ist das badische Volksheer noch nicht soweit formiert, daß es zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ausreicht? Ist die Regierung entschlossen, alsbald den Abbau der Volkswehren nach einem bestimmten Plane vorzunehmen?"

Die Abgg. **Reck, Mayer**-Karlsruhe und Dr. **Bernauer** haben folgende Anträge im Landtag eingebracht: „1. die Regierung zu ersuchen, die **Ausübung der Jagd im Hardtwald,** — etwa nördlich des Eggensteiner-Hagsfelderweges, — öffentlich zu verpachten; 2. die **Regierung** zu ersuchen, das noch im Hardtwald befindliche Wild — **Hirsche** und **Wildschweine** — in einem noch näher zu bezeichnenden abgegrenzten **Bezirk** zu sammeln und zu erhalten, ferner diesen **Park als Landeswildpark** jedermann zugänglich zu machen.

Die Deutsch-Demokratische Fraktion des badischen Landtags hat folgende Interpellation eingebracht: „Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit dem Weltmarkt wird durch den Friedensvrtrag und durch die schlechte Valuta derart erschwert, daß in absehbarer Zeit eine starke Zufuhr von **Lebensmitteln** zur ausreichenden Ernährung unserer Bevölkerung vom Aus-

lande **nicht zu erwarten ist.** Bei dieser Lage der Dinge ist der **Ausbau der heimischen Landwirtschaft, die Steigerung ihres Ertrages** die wichtige Aufgabe der Regierung und eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Welche Maßnahmen wird die Regierung sofort ergreifen, um die landwirtschaftliche Produktion in Baden zu steigern, neues Ackerland zu gewinnen, schlechtes Ackerland und Wiesen zu verbessern, die Zahl der selbständigen Bauern zu vermehren?"

Die Zentrumspartei hat im Landtage folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen, daß die Verfassungskommission alsbald beauftragt wird, im Vereine mit der Regierung den Entwurf einer **Verfassung für das deutsche Reich**, wie er aus der ersten Lesung des Verfassungsausschusses des Reichstages hervorgehoben ist, **nachzuprüfen** und sich schlüssig zu machen, wie den zu weitgehenden Vereinheitlichungsbestrebungen im Interesse der Erhaltung der **souveränen Selbständigkeit der Einzelstaaten** wirksam entgegen getreten werden kann.

*

Der **Verfassungsausschuß** des badischen Landtags hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab, in welcher verschiedene **Reichsfragen** erörtert wurden. Die Besprechung war in der Hauptsache vertraulicher Natur.

*

* Wie die B.-C. hört, wird der badische **Landtag** sich **Anfangs Juli** bis **zum Herbste vertagen.**

Die Fettversorgung Badens.

* Wie die Badische Landesfettstelle mitteilt, gehen den badischen Kommunalverbänden in diesen Tagen die ersten Mengen von dem nach dem Lebensmittelübereinkommen mit der Entente eingeführten Speisefett zu. Infolge der verhältnismäßig späten Belieferung des Landes können **mehrere Wochenmengen auf einmal verteilt** und sämtliche Versorgungsberechtigten aller **Kommunalverbände gleichmäßig berücksichtigt** werden. Auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung kommt ungefähr **ein halbes Pfund**; der Preis für das Pfund darf **sechs Mark** nicht übersteigen.

Die Aufgabe der bevorstehenden evang. Generalsynode.

* Man schreibt uns:

Für die am 17. d. M. zusammentretende Generalsynode gelangt soeben die Vorlage des Vorsitzenden des Verfassungsausschusses zur Ausgabe. Die Vorlage enthält 3 Entwürfe von Wahlordnungen für die Wahl einer neuen Landeskirchenvertretung, der die Aufgabe der Durchsicht und Umgestaltung der Kirchenverfassung obliegen soll. Allen Entwürfen ist gemeinsam die Gewährung der unbeschränkten Wahlberechtigung und Wählbarkeit an die Frauen, die Beseitigung des Erfordernisses der Selbständigkeit, die Einführung der Verhältniswahl, wobei jedoch Streichungen in den Listen zulässig sein sollen, der Ausschluß aller Standesvertretungen sowie sonstige Anpassungen an die Forderungen der Zeit.

Der erste Entwurf sieht für die Generalsynode, deren geistliche Mitglieder bisher von den Geistlichen und deren weltliche Mitglieder bisher von den Kirchenältesten durch Wahlmänner gewählt wurden, die Wahl nunmehr unterschiedslos und unmittelbar durch alle Mitglieder der Kirchengemeindevertretungen vor, wodurch der Kreis der Wahlberechtigten auf etwa 18 000 Personen erhöht wird. Acht vom Oberkirchenrat mit Zustimmung des Generalsynodalausschusses ernannte Mitglieder sollen die 56 gewählten Abgeordneten ergänzen. Voraussetzung für die Wahl ist aber die Erneuerung der Kirchengemeindevertretungen selbst, so daß auch die Ausarbeitung einer Kirchengemeindeordnung nebst Wahlordnungen notwendig wurde, wobei zugleich das Bedürfnis der Großstädte nach Einführung besonderer Sprengelvertretungen Berücksichtigung fand. Dieser Umstand erschwert die Durchführung des Gemeindeprinzipentwurfs, da sämtliche Wahlen zuviel Zeit in Anspruch nähmen und da auch zuviel von der Kirchenverfassung vorweg genommen würde. Der zweite Entwurf läßt dem gegenüber 81 Abgeordnete durch die Mitglieder der Landeskirche unmittelbar wählen und zwar wie im ersten Entwurf in drei Wahlkreisen. Da dieser Urwahlenentwurf die erforderliche ⅔ Mehrheit aber kaum finden wird, ist auf Grund von Richtlinien, über die im Verfassungsausschuß durch dankenswertes Entgegenkommen der kirchlichen Rechten Übereinstimmung erzielt werden konnte, als Vermittelungsvorschlag noch ein dritter Entwurf ausgearbeitet. Er sieht gleichfalls Urwahlen vor, berücksichtigt aber bei der Verteilung der 70 Abgeordneten auf die nunmehr sieben Wahlkreise auch die Kirchengemeinden und verlangt die persönliche und mündliche Anmeldung zur Wählerliste.

Welcher Vorschlag von der Generalsynode angenommen werden wird, steht dahin; der Vorlagebericht gibt der Hoffnung Ausdruck, daß eine Lösung der gewiß schwierigen, aber für die Kirche nicht wesentlichen Wahlrechtsfrage gefunden werden wird.

Ein neues Eisenbahner-Ultimatum.

* Das **Eisenbahn- und Betriebspersonal in Weil, Leopoldshöhe und Haltingen** hat lt. W.T.B. der Regierung in der Frage **der Lebensmittelversorgung ein Ultimatum** gestellt, das am Samstag, den 14. Juni, 12 Uhr mittags, ablaufen soll. Sollten bis dahin die Forderungen nach Besserstellung nicht erfolgt sein, so würde der gesamte Zugverkehr sofort lahmgelegt werden.

Wie wir dazu an zuständiger Stelle erfahren, hat das Ministerium den Kommunalverband telegraphisch angewiesen, aus seinen Reservebeständen den versorgungsberechtigten Eisenbahnern in Weil-Friedlingen und Haltingen Lebensmittelzuschüsse zu gewähren. Man kann annehmen, daß damit die Angelegenheit ihre Erledigung findet.

Vereinigung südwestdeutscher Handelskammern.

* Vor kurzem fand in **Heidelberg** die erste Tagung der Vereinigung südwestdeutscher Handelskammern nach Abschluß des Waffenstillstandes unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Vorortes, der Handelskammer Mannheim, des Kommerzienrat **Sauerbeck**, statt. Die schwierigen Verkehrsverhältnisse und die Not der Zeit hatten eine frühere Zusammenkunft unmöglich gemacht. Über **die Friedensbedingungen** sprach der Syndikus der Handelskammer Frankfurt, Professor Dr. **Trumpler.** Die Versammelten waren einmütig der Auffassung, daß die Bedingungen, wie sie uns die Feinde gestellt haben, unannehmbar seien. Aufs Schärfste wurden die Loslösungsbestrebungen vom Reiche verurteilt. Nach eingehender **Aussprache** wurden nach einem Vortrag des Geschäftsführers **der Vereinigung** Herr Dr. **Blaustein-Mannheim**, die **Fragen des deutschen Einheitsstaates** und der Zusammenfassung landschaftlich, kulturell und wirtschaftlich zusammengehöriger Gebiete erörtern. Es wurde beschlossen, an der Lösung dieser Frage tatkräftig mitzuarbeiten und einen **Ausschuß** einzusetzen, der im **Benehmen** mit wirtschaftlichen, politischen, staatlichen und städtischen **Körperschaften die für Südwestdeutschland** im **besonderen sich ergebenden Fragen** bearbeiten soll.

Die **Organisation der wirtschaftlichen Interessenvertretung**, vor allem durch die **Reichsbehörden**, hat einen Umfang angenommen, **daß selbst** mit dem Wirtschaftsleben ganz vertraute Kreise sich kaum **mehr** darin zurecht zu finden vermögen. Zweckverbände mit Außenhandelsstellen, Fachverbände, Arbeitsgemeinschaften und wie die sogenannten Selbstverwaltungskörper sich alle nennen mögen, bemühen sich, das Wirtschaftsleben in Gang zu bringen und zu fördern. Herr Dr. Blaustein gab ein Bild über diese Zustände. Es wurde beschlossen, den Bericht zu vervielfältigen, um in aller Öffentlichkeit durch die Vereinigung gegen solche das Wirtschaftsleben zersplitternde Überorganisation Einspruch zu erheben. Eine **Kundgebung** der südwestdeutschen Handelskammern und Verbände nach Art der Frankfurter vom vorigen Jahr zur Frage der Neuordnung des Wirtschaftslebens und gegen die neue Zwangswirtschaft wurde beschlossen.

Besprochen wurde weiterhin die Errichtung von Vertretungen der Handelskammern in Berlin und das Verhältnis des Deutschen Industrie- und Handelstags zu den Kammern der Vereinigung.

Die Bestrebungen des Auswärtigen Amts auf Verbesserung des auswärtigen Dienstes sollen gefördert werden.

Kurze Nachrichten aus Baden.

oc. **Heidelberg**, 13. Juni. Der mehrfach genannte **Zopfabschneider** treibt hier noch immer sein Unwesen. An einem der letzten Nachmittage wurde einem Dienstmädchen, dem sich beim raschen Laufen das Haar gelockert hatte, der Zopf abgeschnitten. Als Täter sollen Zigeuner in Frage kommen.

oc. **Ettlingen**, 13. Juni. Eine Vertreterversammlung der Landwirte des ganzen Bezirks nahm eine Entschließung an, in der zum Ausdruck kommt, daß die Unzufriedenheit unter den Bauern immer mehr wachse, da die von der Regierung für Ende Mai in Aussicht gestellte **Milchpreiserhöhung** nicht zur Tatsache geworden sei. Die Hoffnung, daß mit der Grünfuttererne die Futtermittelpreise sinken würden, habe sich nicht erfüllt. Die Landwirte müßten auf dem Erzeugerpreis von 60 Pf. für das Liter Milch bestehen.

oc. **Durlach**, 13. Juni. Bei der **Bürgermeisterwahl** wurde der bisherige vorläufige Bürgermeister Dr. **Zierau** nahezu einstimmig gewählt. Die Unabhängigen und einige verärgerte Bürgerliche gaben weiße Zettel ab.

oc. **Offenburg**, 13. Juni. Auf **offener Straße** wurde der **berufsmäßige Schleichhändler**, der Taglöhner Wilhelm Benz, **erschossen.** Bei ihm war von der Volkswehr und Gendarmen eine größere Menge Fleisch beschlagnahmt worden. Benz, der mit Säbel und Revolver ausgerüstet war, wollte das Fleisch aus dem Schlachthaus wieder in seine Wohnung bringen. Hierbei kam es zu einem Zusammenstoß mit der Gendarmerie, auf welche Benz schoß. Die Gendarmen erwiderten das Feuer, Benz wurde in die Lunge getroffen und ist der Verletzung erlegen.

oc. **Lehen** bei Freiburg, 12. Juni. Die hiesigen Milchproduzenten haben die Milchlieferung an die Sammelstelle eingestellt, weil ihnen der Milchpreis nicht hoch genug ist.

oc. **Waldshut**, 12. Juni. Die **Pockenerkrankungen** haben von Säckingen nun auch hierher übergegriffen. Zwei Personen sind an den Pocken erkrankt.

Badische Zeitungsstimmen.

„Fort mit Schaden!"

Unter dieser Überschrift wendet sich ein o-n gezeichneter Leitartikel des Karlsruher „**Volksfreund**" gegen das **Couleurstudententum** und seine Begleiterscheinungen. Der Verfasser schreibt, nachdem er einleitend die Notwendigkeit einer Modernisierung des Bewußtseins durch Zugreifen von oben und von unten her betont hat, u. a.:

„Zwischen allem Unkraut wächst eine Art Sorgenpflanze, die, wie es scheint, eine still verabredete Schonung genießt: das **Couleurstudententum**, eine durchaus mit dem Charakter von Monopolen versehene Institution.

Wenn man den Bahnhof von Heidelberg verläßt und in die Hauptstraße einlenkt, schwemmt der Menschenstrom einem ein ganzes Defilee von buntbemützten und buntbebänderten Herren entgegen. Ganz noch wie vor dem Kriege, ganz wie vor zwanzig, dreißig und weiteren Jahren. Die sogenannten „Schmerzenskappen", unter der die frisch bezogenen Mensurschmisse heilen, auf dem Kopf, den Renommierköter voran, in Droschken und Autos breitgelümmelt dahinfahrend, lebt der Herr Korpsstudent wie sein meistenteils auf einen etwas schmäleren „Wechsel" gesetzter und darum von oben herab angeschauter Burschenschaftskommilitone sein weltwichtiges Dasein der ganzen Öffentlichkeit vor. Bei den Universitätsbehörden sind die Herren Couleurs immer noch obenauf. Bei akademischen Festen haben sie Vorzugsplätze, der Senat duldet ihr Mensur- und Duellwesen weiter in einer Form, welche nicht nur passives Dahingehenlassen, sondern schon mehr direkte Begünstigung ist. An diesem Punkt tritt der Monopolcharakter hervor, allerdings nicht nur bei Couleurstudenten, sondern bei allen „akademisch Gebildeten". Sie haben zwar nicht das Recht zur Vornahme ergänzender Justizakte, wie sie das Duell darstellt, aber sie nehmen es sich und die bisherigen Gesetzesbestimmungen lassen es ihnen mit lächerlichen Strafen durchgehen, die das bekannte „gesellschaftliche Standesbewußtsein" der oberen Hunderttausend sodann prompt in eine „Ehrensache" umfälscht.

Mit Erstaunen hält man einige Tatsachen hierbei nebeneinander. Die Mitglieder der Korps und der Burschenschaften sind doch fast alles Leute, die den Krieg gut 40 Monate hindurch mitgemacht haben. Davon werden doch mindestens 90 Prozent ihn da kennen gelernt haben, wo der Krieg wirklich Krieg war. Und diese Menschen machen den Kinderunfug von Renommierbummels, Ramschzänkereien und Mensurkeilereien mit! Wie? Leute, die in den Schlachttagen an der Somme, vor Verdun, in Flandern das **unerträglich große Maß von individuellem Elend und Völkerunglück leibhaft gespürt haben**, die lassen die kommentmäßig geregelten Hiebauswechselungen einer Schläger- und Säbelpaukerei über sich ergehen? Die schämen sich des grotesk albernen Zeremoniells nicht, mit dem so ein „Ehrenhandel" vom Visitenkartenaustausch beim Lokus an bis zum „Ex" der „Kontrahage" verläuft? Das ist nur in Deutschland möglich. Möglich aus vielerlei Gründen, sozialen und äußerlichen, und deswegen, weil die **Tradition** bei uns ein besonderes zähes Dasein hat.

Es hatte bis zum Kriege schon etwas zu bedeuten, in einer paukenden Verbindung, besonders in einem hochfeudalen Korps Mitglied gewesen zu sein. Man war zeitlebens hoher Herren gehätscheltes **Protektionskind.** Vom Korps aus wurde zunächst mal die Sache beim Militär gedeichselt. Das Patent des **Offiziers** der Reserve war schon so gut wie im Tornister. Dann liefen die Verbindungsfäden in die „gute" Gesellschaft, und letzten Endes in die Regierung, alles mit **Rückwirkungen und Wechselwirkungen.** Die **berühmten Diplomaten**, woher kamen sie, wes Geistes Kind waren sie? Korpsbrüder! Die Zeche dafür haben wir unaufhörlich seit dem August 1914 bezahlt und die blutige Schlußrechnung ist uns in Versailles vorgelegt worden.

Die eigentliche Gefahr an der Sache besteht jetzt natürlich in der Bestrebung, die alten sozialen Vorteile und Vorrechte aufrecht zu erhalten. Abtrennung der Gesellschaftsklassen mit breiter Distanz nach unten. **Protektionszuwendung und Karrieremacherei** durch Begönnerung „alter Herren" vom Korps, das soll so bleiben wie es war. Dieselben äußerlichen Allüren, dieselben Redewendungen und Umgangsformen eines hochmäsigen, dem Offizierskasino entlehnten Molluskengehirns, dieselben auf Wiederherstellung von Monarchie, Militarismus und Monopolbesitz der „ersten Stände" gerichtete Ideale.

Am 9. November wäre der ganze, oberfaule Zauber mit dem übrigen Plunder verkrachter Herrlichkeit mitgefallen, wenn er nur an der sichtbaren Oberfläche gewesen wäre. Das war er aber nicht. Die Couleurstudiosen waren nicht da, sie waren ins Mauseloch gekrochen und wurden übersehen. Als sie dann auftauchten, hätten Regierung und Universitätsbehörden ihren Selbstbelebungsmanipulationen leicht ein schmerzloses Ende bereiten können. Dringend notwendig war das. Der Senat und die Regierung mußten sich doch sagen, die Burschenherrlichkeit dieser Art taugt nicht in die nun anhebende Zeit. Rein schon aus Schicklichkeitsgründen gehe das nicht. Diese ewig im Milieu der Faschingslustigkeit des unausgelebten Jungentums und der streberischen Aufgeblasenheit dahin vegetierende Daseinsfreude taugt nicht zu einer Zeit unter der Signatur: Katastrophe, Elend, sozialer Umbau. Und weiter hätten sie bedenken müssen: was nun kommt, bietet der **Sorgen**, der **Kämpfe**, der **Probleme** so überviel, daß es selbst hoher Begabung, tüchtiger Denkdurchbildung und mitwirkendem Fleiß schwer fällt, die sich bildende Kultur nach Breite und Umfang zu durchdringen. Da muß es ein Ende haben mit einem Leben nach dem alten Schema: „Des Morgens bei dem Branntwein, des Mittags bei dem Bier, des Abends bei den Mädchen im Nachtquartier". Unterlassungssünden, die sich nun damit rächen, daß es nun zur Beseitigung robusterer Eingriffe bedarf. Der faule Apfel wird jetzt durch einen unsanften Fußstoß an den Baum von den Zweigen geholt werden müssen

Das Mittel ist einfach und gesetzlich: das Vereinsrecht der studentischen Verbindungen braucht nicht angetastet zu werden, das **Monopol der Mensur- und Duellerlaubnis** unter den bekannten Formen bisheriger Duldung hört auf. Jede Art Austragung eines Ehrenhandels mit Waffen wird als **Körperverletzung** bestraft. Ist der Monopolcharakter an der Wurzel getroffen, dann fällt das unberechtigte Standesbewußtsein fort. Bestehen bleib allenfalls eine unschädliche Vereinsmeierei. Als die **Engländer** in Bonn einrückten, hat General Plumer auf die gesetzliche Unstatthaftigkeit des Duells mit aller Schärfe aufmerksam gemacht und der alten Burschenherrlichkeit dieses Stils wird ein Ende bereitet. Jetzt geht die Sache nicht mehr anders als mit robustem Zwang zu machen."

Aus der Landeshauptstadt.

Demonstration.

* Der Karlsruher Aktionsausschuß hatte für heute vormittag zu einer Demonstrationsversammlung als Protest gegen die Erschießung Levinés und zur allgemeinen Arbeitsniederlegung aufgefordert. Es war sogar die Stillegung des Personenverkehrs auf den Bahnen, sowie des Straßenbahnverkehrs, eventuell unter Anwendung von Gewalt, verlangt. Die **sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsleitung** hatte die Gewerkschafts- und Parteigenossen aufgefordert, sich an der **Demonstrationsversammlung**, sowie an der **Arbeitsniederlegung nicht zu beteiligen**, da es sich, wie der „Volksfreund" gestern schrieb, nicht nur darum handelte, gegen die Erschießung Levinés Protest zu erheben, sondern auch darum, den Fall Levané zu einer großen Hetze gegen die Regierung und die in derselben sitzenden sozialdemokratischen Parteigenossen zu mißbrauchen. In der Tat nahm denn auch die Demonstration nur **mäßigen Umfang an.** Die allgemeine **Stillegung des Verkehrs** ist **nicht erfolgt**, und in der weitaus **größten Mehrzahl der Betriebe wurde die Arbeit völlig ungestört fortgeführt.** In der Eisenbahnhauptwerkstätte und bei der Maschinenbaugesellschaft wurde dagegen von den Radikalen unter Umgehung der Organisationen u. ohne Vornahme einer Abstimmung die Arbeitsniederlegung einfach diktiert. Im Anschluß an die Demonstrationsversammlung in der Festhalle, marschierten die Demonstranten unter Vorantragung roter Fahnen nach dem Marktplatz, wo sich natürlich, wie immer in solchen Fällen, eine tausendköpfige Zuschauermenge einfand. Vom Balkon des Rathauses aus wurden, während die Straßenbahn anhalten mußte, aufrührerische Reden gegen die Regierung gehalten. Dann ging der Zug zum Schloßplatz, wo vor dem Ministerium des Innern demonstriert wurde. Einige Teilnehmer machten den Versuch, das über der Türe befindliche Wappen mit der Großherzogskrone gewaltsam zu entfernen, doch fanden sich einige besonnene Elemente, die eine Gewalttat zu verhindern wußten. Schließlich ging der Zug zur Kaiserstraße weiter, wo er sich auflöste.

* **Die Technische Hochschule** zu Karlsruhe hat den Direktor des Heidelberger Museums Karl **Lohmayer** zum Dr. Ing. ehrenhalber ernannt.

D. **Tierschutzverein.** Man schreibt uns: Der Tierschutzverein hielt im Mai d. J. erstmals eine öffentliche Versammlung ab, welche sich eines überaus zahlreichen Besuches erfreute. Im überfüllten Saale begrüßte der Vorstand Herr **Worret** die Anwesenden mit einer den Zeitumständen entsprechenden Ansprache und dankte all denen, die ihre Dienste in den Tierschutz gestellt haben. Hierauf hielt Herr Julius **Grambusch** einen hochinteressanten Lichtbildervortrag, dessen Ausführungen durch reichen Beifall belohnt wurden. In der Einleitung schilderte der Vortragende den Kampf ums Dasein in der Tierwelt, der im wesentlichen der gleiche ist wie im Leben der Menschen. Die Weltkriege der Völker bedeuten mehr oder weniger auch nur einen Kampf der Weltmächte um die Weideplätze. Des weiteren führte der Redner aus, daß durch die übertriebenen Nützlichkeitsforderungen der Menschen sehr zum Schaden der Art in die Lebensbedingungen der Tiere eingegriffen werde. Eine unterschiedslose Schonung schädlicher Arten werde nicht verlangt, aber dort, wo Wildnis und Einsamkeit es gestatten; sollte auch ihnen das Dasein gegönnt werden. Die von der Regierung und den Vereinen ins Leben gerufenen Vogelsiedelungen, besonders an unseren heimischen Küsten sind sehr zu begrüßen. Pflicht und Kulturaufgabe bedeutet es für das deutsche Volk, den Tierschutz wirksam zu unterstützen und zu fördern. In den weiter mit Lichtbildern folgenden Ausführungen wurde der Kampf um das Dasein geschildert, vor allem unter unsern einheimischen gefiederten Freunden, den Vögeln, unter den Insekten, den Amphibien und Schlangen. Eingehende Schilderungen fand

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

auch das Leben der Säugetiere des deutschen Waldes. Zahlreiche, meist nach freilebenden Tieren aufgenommene Lichtbilder zeigen den Wert der Photographie als Mittel in der Naturkunde.

Den Schluß des Abends bildeten einige Cellovorträge des Herrn Kammervirtuosen Schwanzara, der als Meister auf seinem Instrument bekannt ist. Herr Meeß erfreute die Anwesenden durch ein brillantes Klavierkonzert, während ein anderes Mitglied einige Lieder zum Besten gab.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat den Revisionsgeometer Otto **Krauth** bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues mit Entschließung vom 8. Mai d. J. zum Bezirksgeometer Gehaltsklasse I ernannt. Ferner hat das Arbeitsministerium mit Entschließung vom 24. Mai d. J. den Bezirksgeometer Otto **Krauth** in gleicher Eigenschaft nach Mannheim versetzt.

Das Staatsministerium hat mit Entschließung vom 8. Mai d. J. den Professor Valentin **Merk** an der Kunstgewerbeschule in Karlsruhe auf sein Ansuchen auf 1. Oktober d. J. in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat mit Entschließung vom 19. Mai d. J. den Oberfinanzsekretär Julius **Frey** in Freiburg auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat unterm 27. Mai d. J. den Bahnhofinspektor August **Schwarz** in Achern auf sein Ansuchen auf 1. Oktober d. J. in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat unterm 27. Mai d. J. den Oberrevisor August **Gersbach** in Karlsruhe in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat unter dem 27. Mai d. J. beschlossen, den Professor Hermann **Wilhelm** vom Gymnasium in Wertheim in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium in Rastatt zu versetzen.

Das Staatsministerium hat unterm 5. Juni d. J. den Oberrevisor Franz **Gisinger** in Karlsruhe auf sein Ansuchen auf 1. Juli d. J. in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat unterm 6. Juni d. J. den Oberrechnungsrat Oskar **Erhardt** in Karlsruhe in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat unterm 7. Juni d. J. den Landgerichtsdirektor Dr. Karl Freiherrn von **Rüpplin** in Konstanz seinem Antrag entsprechend auf 15. Juni d. J. in den Ruhestand versetzt.

Mit Entschließung des Ministeriums des Auswärtigen vom 6. Juni d. J. wurde dem Oberpostassistenten Wilhelm Stößer in Karlsruhe mit Wirkung vom 1. April d. J. ab der Charakter als Postsekretär verliehen.

Mit Entschließung Evang. Oberkirchenrats vom 31. Mai d. J. wurde dem Oberfinanzsekretär Hans **Horchler** bei der Evang. Kollektur Mannheim die Stelle eines Rechnungsbeamten beim Evang. Oberkirchenrat übertragen.

Das Finanzministerium hat unterm 2. Juni d. J. den Obersteuerkontrolleur Friedrich **Nutz** in Villingen zum Finanzamt Tauberbischofsheim versetzt zur Versehung einer Kassierstelle.

Die Lotterie des Württembergischen Vereins für wirtschaftliche Frauenschulen auf dem Lande e. V. in Stuttgart (Großsachsenheim) betr.

Dem Württembergischen Verein für wirtschaftliche Frauenschulen auf dem Lande e. V. in Stuttgart wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von 10 000 Losen der von ihm veranstalteten Lotterie zugunsten der Erweiterung der wirtschaftlichen Frauenschule in Großsachsenheim im badischen Staatsgebiet unter den nachstehenden Bedingungen erteilt:

Die zum Vertrieb in Baden bestimmten Lose müssen zuvor mit dem Stempel des Bad. Ministeriums des Innern versehen werden.

Die Lose dürfen in Baden durch Ankündigung in badischen Zeitungen und in anderer Weise nur unter Angabe badischer Bezugsquellen angeboten werden.

Karlsruhe, den 4. Juni 1919.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:
Pfisterer. Schmidt.

Amtliche Bekanntmachung.

Tagesordnung
zu der am
Dienstag, den 17. Juni 1919, vormittags 8 Uhr,
stattfindenden
Bezirksratssitzung.
Öffentliche Sitzung.

Verwaltungssachen.

1. Gesuch der Berta Uecker Ehefrau um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinausschank in dem Hause Schützenstr. 50 zur „Wilhelmshöhe" dahier.
2. Gesuch der Luise Fischer hier um Erlaubnis zum Ausschank von Bier und Weinen in dem alkoholfreien Kaffee Gutenbergstr. 1 „zum Gutenberg" dahier.
3. Gesuch des Hermann Lesemeister hier um Erlaubnis zum Betrieb der Gastwirtschaft „zum Hohenzollern" in dem Hause Zähringerstr. 60a dahier.
4. Gesuch des Karl Ratzel in Hochstetten um Erlaubnis zum Betrieb der Realgastwirtschaft „zur Krone" in Hochstetten.
5. Gesuch der Ludwig Meinzer Ehefrau, Philippine geb. Bratzel in Liedolsheim um Erlaubnis zum Betrieb eines Kaffees mit Weinausschank im Hause Friedrichstr. 18 in Liedolsheim.

Nicht öffentliche Sitzung.

6. Landarbeitsordnung betr.
7. Festsetzung der Gebühren der Sachverständigen für Bierpressionen betr.
8. Verbescheidung der Gemeinderechnungen von Knielingen, Friedrichstal und Graben (1917), Linkenheim (1915 und 1916).
9. Festsetzung von Unterstützungen für Familien in den Dienst getretener Mannschaften.
10. Die Ernennung des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts in Karlsruhe. M.712

Karlsruhe, den 11. Juni 1919.

Bezirksamt. O.-Z. 191

Die Herstellung der Ackerstraße in Mannheim betreffend.

Das Staatsministerium hat mit Entschließung vom 14. Mai 1919 Nr. 734 ausgesprochen, daß zwecks Herstellung der Ackerstraße zwischen Riedfeld- und Wiesenstraße in Mannheim nach Maßgabe des durch die Entschließung des Bezirksrats Mannheim vom 18. Januar 1900 Nr. 4791 I und vom 3. Juni 1909 Nr. 14753 V festgestellten Planes die Eigentümer des Grundstücks Lagerbuch Nr. 180 auf Gemarkung Mannheim Kaufmann Johann Birkhofer und Ehefrau Alma geb. Rodeck in Mannheim verpflichtet seien, die in die Ortsstraße fallende Fläche ihres Grundstücks im Maßgehalt von 364 qm gegen vorherige Entschädigung an die Stadtgemeinde Mannheim zu Eigentum abzutreten.

Mannheim, den 5. Juni 1919.

Badisches Bezirksamt — Abteilung II a.

Einladung

zur **Hauptversammlung** der **Familienhilfe e. G. m. b. H.** auf **Montag, den 23. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr,** in das Sitzungszimmer der ehemaligen I. Kammer, Ständehaus, Ritterstr. 20 I. Obergeschoß links, mit nachstehender Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorsitzenden.
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstands.
3. Beschlußfassung über die Auflösung der Genossenschaft. G.600

Bürgermeisterstelle.

Der Bürgermeisterposten der **Amtsgerichtsstadt Walldürn** mit 4000 Einwohner ist auf 1. Juli l. Js. durch einen

Berufsbürgermeister

neu zu besetzen.

Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche bis 20. Juni unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche bei dem nachverzeichneten Gemeinderat einreichen.

Berücksichtigt können nur solche Bewerber werden, die in keinerlei Beziehung zu Walldürn stehen, damit eine unparteiische Dienstführung gewährleistet ist.

Walldürn, den 10. Juni 1919.

Der Gemeinderat.

Gesucht

als **Referent für die Arbeiterangelegenheiten** eines großindustriellen Unternehmens in Süddeutschland eine in Arbeitergesetzgebung, Statistik, Gewerkschafts- und Tarifwesen erfahrene **jüngere Persönlichkeit** mit Hochschulbildung. Schriftliche Meldungen mit näheren Angaben über die bisherige Tätigkeit usw. zu richten an Geheimen Oberregierungsrat **Dr. Bittmann, Berlin W 30,** Bayrischer Platz 5.

Badisches Landestheater.

Samstag, den 14. Juni 1919 (Sa. 34)
Neu einstudiert:

2 × 2 = 5

Anfang 7 Uhr

Städtisches Konzerthaus.

Samstag, den 14. Juni 1919

„Wo die Lerche singt"

Anfang 7 Uhr

Süddeutsche Aufzug- und Kranbauanstalt Göppingen

Aufzüge Krane

Kurze Lieferzeiten.

Auskunftserteilung über Gebührnisfragen.

Entlassene Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften wenden sich fortgesetzt unmittelbar an das Kriegsministerium, um Auskunft über Kriegsteuerungszulagen, Entlassungs- bezw. Marschgelder und sonstige Gebührnisse zu erhalten. Diese Anfragen gehen beim Kriegsministerium in so großer Anzahl ein, daß eine alsbaldige Bearbeitung und Zuleitung an die zuständigen Dienststellen völlig undurchführbar ist. Die Befriedigung berechtigter Ansprüche erleidet dadurch eine sehr unerwünschte Verzögerung, die nicht im Interesse der Antragsteller liegt. G.581.2

Das Generalkommando nimmt daher Veranlassung, nochmals darauf hinzuweisen, daß alle Eingaben und Gesuche wegen Kriegsteuerungsbezügen, Entlassungs- bezw. Marschgelder sowie wegen sonstiger Gebührnisse unter genauer Bezeichnung des Truppenteils, bei dem der Anspruch auf diese Gebührnisse erwachsen ist, dem für den Wohnort des Gesuchstellers zuständigen Bezirkskommando vorzulegen sind, welches für Weitergabe oder unmittelbare Erledigung verantwortlich ist. Alle für die Folge unmittelbar an das Kriegsministerium gerichteten Anfragen und Gesuche solcher Art werden vom Kriegsministerium nicht mehr beantwortet werden.

Hierzu wird noch bemerkt, daß es auch den Truppenteilen, denen die eingereichten Anträge von den Bezirkskommandos zugestellt werden, sehr oft nicht möglich sein wird, die Gesuche in kürzester Frist zu erledigen. Abgesehen von der Anhäufung der eingehenden Anträge bei den einzelnen Dienststellen, wird die Nachprüfung der erhobenen Ansprüche dadurch erschwert, daß der größte Teil der Formationen inzwischen aufgelöst ist und das aus dem Felde zurückgesandte Aktenmaterial mangels eingearbeiteten Personals noch nicht endgültig geordnet werden konnte.

Den Antragstellern muß daher nahe gelegt werden, Geduld zu üben und von Drohungen usw. an die betreffenden Abwickelungsstellen abzusehen; die Arbeitsfreudigkeit dieser Stellen wird jedenfalls durch derartige Zuschriften nicht gestärkt.

Generalkommando XIV. Armeekorps.

Der Chef des Stabes:
Föhrenbach, Oberstleutnant.

Tüchtiger Vertreter, welcher in Apotheken und Drogerien gut eingeführt ist, **sofort gesucht.** Gefl. Offerten unter G.589 an d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Altertümer in **Möbeln, Schmuck, Silber, Zinn** usw. **kauft** zu hohen Preisen **An- u. Verkaufsgeschäft Neukam,** Lammstr. 6 im Hof. Tel. 3546

Journalführerin sucht in Hotel oder Sanatorium sich weiter auszubilden. Gefl. Offerten an **M. Alber, Neckargemünd,** Villa Esch.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Aufgebot.

M.713.2.1 **Baden.** Der Kaufmann **Eugen Porcher** in Pforzheim hat das Aufgebot des verloren gegangenen Hypothekenbriefes vom 12. Januar 1912 über die im Grundbuch von Baden, Band 211, Heft 2110, dritte Abteilung Nr. 4 auf Lgb.-Nr. 827c zugunsten des Privatmanns **Fridolin Vogel** in Baden eingetragene zu 5 Proz. verzinsliche Darlehensforderung von 10 000 Mark beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf **Mittwoch, den 18. Februar 1920, vormittags 9½ Uhr,** vor dem hiesigen Amtsgericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Baden, 4. Juni 1919.
Bad. Amtsgericht 2.

M.701.2.1 **Durlach. Karl Kirschbaum,** Kasimir Sohn, Maurer in Wöschbach, und die Rechtsnachfolger seiner verstorbenen Ehefrau **Rosa geb. Laux,** haben als Schuldner und Eigentümer der belasteten Grundstücke das Aufgebot des angeblich verloren gegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch Wöschbach Bgnd 6, Heft 2, Abt. III Nr. 3, Band 6, Heft 10, Abt. III Nr. 1, Band 6, Heft 12, Abt. III Nr. 8, für die Gemeindesparkasse Söllingen eingetragenen 3200 M. beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert spätestens in dem auf **Freitag, den 28. November 1919, vormittags 9 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Durlach, 10. Juni 1919.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts Durlach.

M.664.2.1 **Heidelberg.** In der Ehescheidungssache des Bureaubeamten **Karl Friedrich Engelhorn** in Heidelberg, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Kaufmann in Heidelberg, gegen seine Ehefrau **Dora Engelhorn geb. Knocke,** zuletzt in Hannover, jetzt unbekannten Aufenthaltes, ladet der Kläger die Beklagte auf den auf **Mittwoch, den 29. Oktober 1919, vorm. 9 Uhr,** vor der 1. Zivilkammer des Landgerichts hier bestimmten Termin zur mündlichen Verhandlung; er nimmt Bezug auf die bereits zugestellte Klageschrift.

Heidelberg, 10. Juni 1919.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

M.686.2 **Karlsruhe.** Die Ehefrau des Schlossers **Karl Schröter Emma geb. Riedinger** in Karlsruhe, Steinstraße 29, Prozeßbevollmächtigter: RAnwalt Dr. Leopold Weill in Karlsruhe, klagt gegen ihren genannten Ehemann, zuletzt in Karlsruhe, Markgrafenstr. Nr. 6, jetzt unbekannten Aufenthalts auf Grund des § 1565 BGB. mit dem Antrage auf Scheidung der zwischen den Streitteilen am 26. Februar 1915 in Karlsruhe geschlossenen Ehe aus Verschulden des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 1. Zivilkammer des Badischen Landgerichts zu Karlsruhe auf **Dienstag, 23. Sept. 1919, vorm. 9 Uhr,** mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Karlsruhe, 10. Juni 1919.
Gerichtsschreiberei des Bad. Landgerichts.

M.654.2 **Mannheim.** Frau **Marie Töpel geb. Brieghold** in Dresden, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Pfeiffenberger und Georg Müller hier — klagt gegen ihren Mann, Ofenarbeiter **Hugo Otto Töpel** in Mannheim, jetzt unbekannten Aufenthalts, auf Grund des § 1565 BGB. auf Scheidung der am 21. September 1911 in Zöllnitz—Laasdorf geschlossenen Ehe und ladet ihn zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 3. Zivilkammer des Landgerichts zu Mannheim auf den **19. September 1919, vorm. halb 10 Uhr,** mit der Aufforderung, einen bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Mannheim, 2. Juni 1919.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

M.698.2.1 **Mannheim.** Der Schlosser **Jakob Ransbach** in Mannheim, Kleinfeldstraße 3, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte König und Diesch daselbst, ladet seine Frau **Marie geborene Renn,** zuletzt in Mannheim, zur mündlichen Verhandlung des Ehescheidungsrechtsstreits vor die fünfte Zivilkammer des Landgerichts zu Mannheim auf **Freitag, 3. Oktober 1919, vorm. 9½ Uhr,** mit der Aufforderung, einen bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Mannheim, 7. Juni 1919.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

M.699.2.1 **Mannheim.** Kaufmann **Anton Täuber** in Lobenstein, Prozeßbevollmächtigte: RAnwälte Roediger und Dr. von Luschka in Mannheim, klagt gegen Kaufmann **Leo Hintzen** aus Aachen, früher zu Mannheim, auf Zahlung von 43 600 M. nebst 6 Prozent Zinsen vom 1. April 1919 durch vorläufig vollstreckbares Urteil aus unerlaubter Handlung vom März 1919. Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 4. Zivilkammer des Landgerichts zu Mannheim auf den **25. Oktober 1919, vorm. 9½ Uhr,** mit der Aufforderung, einen bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Mannheim, 6. Juni 1919.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

M.700.2.1 **Mannheim.** Sattler **Emanuel Friedrich Brenckmann** hier, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt O. Rothschild hier, klagt gegen seine Frau **Auguste geb. Ebersold, geschiedene Bietenbeck,** unbekannten Aufenthalts, auf Grund der §§ 1565, 1568 BGB. auf Scheidung der am 8. März 1910 in Mannheim geschlossenen Ehe und ladet sie zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 3. Zivilkammer des Landgerichts zu Mannheim auf den 3. Oktober 1919, **vormittags 9½ Uhr,** mit der Aufforderung, einen bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Mannheim, 6. Juni 1919.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Verschiedene Bekanntmachungen.

Nutzholzversteigerung

des Forstamts Staufen I am Dienstag, den 24. Juni 1919, morgens 9 Uhr, im Rathause in Staufen aus Domänenwald **Sägengrund, Finkerstal, Bötzen, Eschwald** und **Prälatenwald:** 160 Eichen (117 Festmeter) III—VII; 18 Buchen (24 Festmeter) II. bis IV.; 2 Eschen VI.; 1 Erle VI.; 225 Tannenstämme (373 Festm.) I. bis III.; 450 Tannenstämme 113 Festm.) IV.—VI.; 416 Tannenabschnitte (529 Festm.) I.—III.; 131 tannene Baustangen I. und II. und 10 tannene Reisstangen II. Losverzeichnisse durch die Forstwarte Seng in Staufen und Burgert in Untermünstertal. M.695

Bekanntmachung.

Bei der Mannheim—Weinheim—Heidelberg—Mannheimer Eisenbahn werden ab 1. Juni 1919 bis auf weiteres im Personen- und Güterverkehr besondere Tarifzuschläge erhoben. G.597

Näheres bei den Dienststellen.

Mannheim, 12. Juni 1919.
Oberrheinische Eisenbahn-Gesellschaft Aktiengesellschaft.